Weltwirtschaft: Krieg, Unsicherheit und Inflation dämpfen Wachstumsausblick[2]

Niedrigeres Wachstum für 2022 prognostiziert

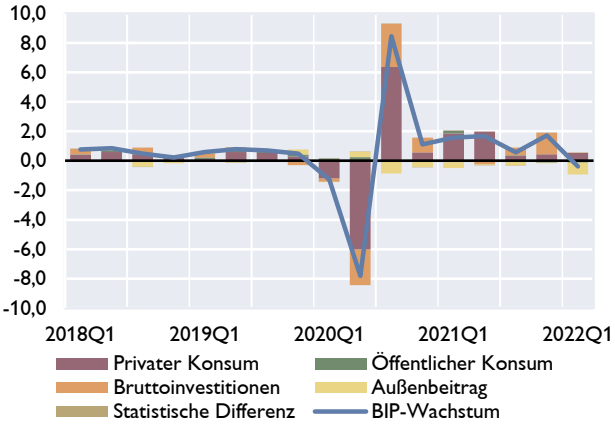
Rezente Prognosen für das Jahr 2022, beispielsweise der OECD (Welt: 3%) oder EZB (Welt exkl. Euroraum: 3%), erwarten einen deutlichen Rückgang des globalen Wachstums im heurigen Jahr im Vergleich zu früheren Prognosen. Die Gründe liegen auf der Hand: der Krieg in der Ukraine, gestörte Lieferketten, nicht zuletzt aufgrund der „zero-Covid"-Politik der chinesischen Regierung, sowie die deutlich gestiegene globale Inflation, die mit den beiden erstgenannten Gründen zusammenhängt. Der Trend der Prognosen des realen Wirtschaftswachstums für 2022 zeigt seit Herbst 2021 deutlich nach unten. Abwärtsrisiken bestehen hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Energie- und Nahrungsmittelpreise und damit höheren Inflationsraten über einen längeren Zeitraum, sowie hinsichtlich der rezenten Kapitalabflüsse aus wichtigen Schwellen- und Entwicklungsländern, insbesondere aus China.

USA: Negatives Wachstum im ersten Quartal im Kontext sehr hoher Inflation

Das reale BIP sank im ersten Quartal gegenüber dem Vorquartal um 0,4%, nach einem Wachstum im vierten Quartal 2021 von 1,7%. Der Rückgang ging auf geringere Investitionen in Lagerhaltung, Exporte, öffentlichen Konsum sowie gestiegene Importe zurück. Die Inflation war im April weiterhin hoch, wenngleich sie gegenüber März leicht zurückging. Die für die Fed relevantere Inflationsrate (gemessen am PCE-Index) ging im April leicht auf 6,3% im Jahresvergleich zurück. Im März lag die Inflationsrate, gemessen am PCE (persönliche Konsumausgaben), noch bei 6,6%. Die am Verbraucherpreisindex CPI gemessene Inflationsrate ging ebenfalls leicht zurück und lag im April bei 8,2% nach 8,6% im März. Die am Verbraucherpreisindex CPI gemessene Inflationsrate ging ebenfalls leicht zurück und lag im April bei 8,2% nach 8,6% im März. Im Mai verzeichnete der CPI einen Anstieg von 8,6%. Die US-Notenbank Fed erhöhte im Juni den geldpolitischen Zinssatz um 75 Basispunkte auf 1,5 bis 1,75%. Mit 1. Juni begann die Fed zudem den Abbau gehaltener Wertpapiere wie zuvor angekündigt.

USA: Beiträge zum BIP-Wachstum

%-Veränderung gegenüber VQ, SA *letzter Wert: 2022Q1*

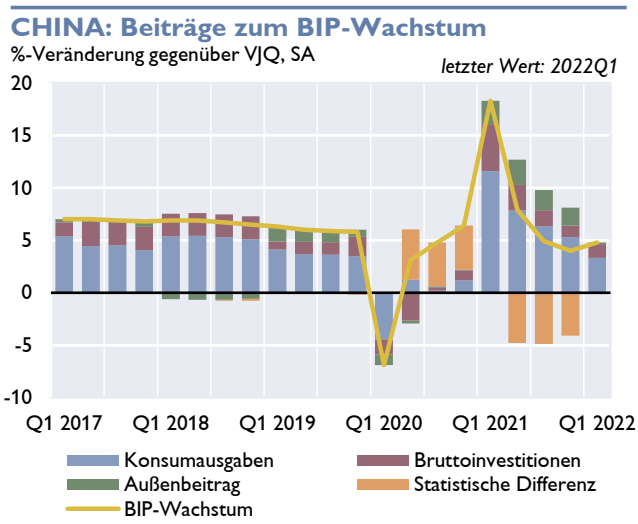


Quelle: Macrobond/Bureau of Economic Analysis.

[2] Autor: Christian Alexander Belabed (Referat International Economics)

China: Harte Lockdowns im April und Mai dämpfen Ausblick für BIP-Wachstum

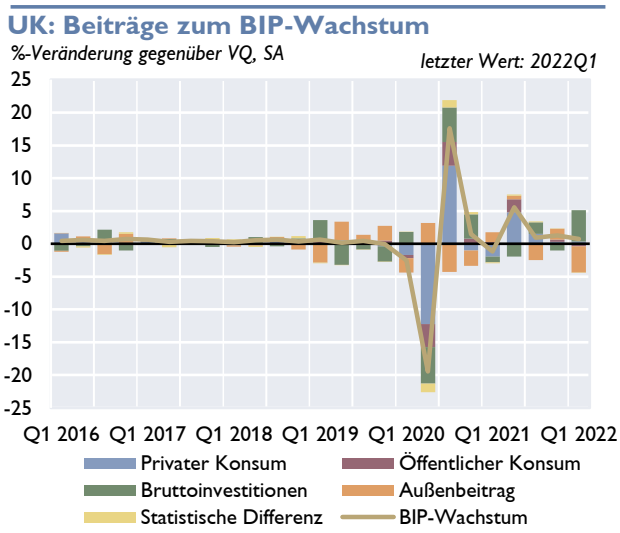
Das Wachstum des realen BIP dürfte nach harten Maßnahmen gegen Covid-Ausbrüche (z.B. Lockdowns in Shanghai) heuer geringer ausfallen als noch zuvor angenommen. Das BIP-Wachstum im ersten Quartal 2022, also noch vor den Lockdowns, lag bei 4,8% und damit etwas höher als im Vorquartal (4%). Wachstumstreiber waren die Nettoexporte sowie Investitionen. Die weiter schwelende Krise am Immobilienmarkt tut ihr Übriges zur Verschlechterung des Ausblicks. Die chinesische Zentralbank verkündete ein umfangreiches Unterstützungsprogramm, darunter leichteren Zugang zu Krediten für besonders betroffene Unternehmen, aber auch Hilfen für Haushalte, die sich zum Zweck des Immobilienerwerbs verschuldet hatten. Die allgemeine Kreditnachfrage entwickelte sich zuletzt allerdings verhalten, obwohl die Zentralbank die Kreditzinsen im Mai gesenkt hatte.



Quelle: Macrobond.

UK: Schwaches Wachstum im ersten Quartal, Inflation stieg im April deutlich an

Im Vereinigten Königreich (UK) fiel das Wachstum im ersten Quartal 2022 auf 0,8%, nachdem es im vierten Quartal 2021 bei 1,3% lag. Das UK reiht sich somit in eine Liste von Industrieländern ein, deren Wachstumsraten zu Jahresbeginn niedriger waren als zuvor. Getragen wurde das Wachstum von den Investitionen des Unternehmenssektors. Negative Wachstumsbeiträge kamen von den Nettoexporten. Die Inflationsrate lag im April bei 9%, deutlich höher als im März, als sie noch 7% betrug. Die *Bank of England* reagierte im Mai auf die hohen Inflationsraten mit einem weiteren Zinsschritt auf 1%.

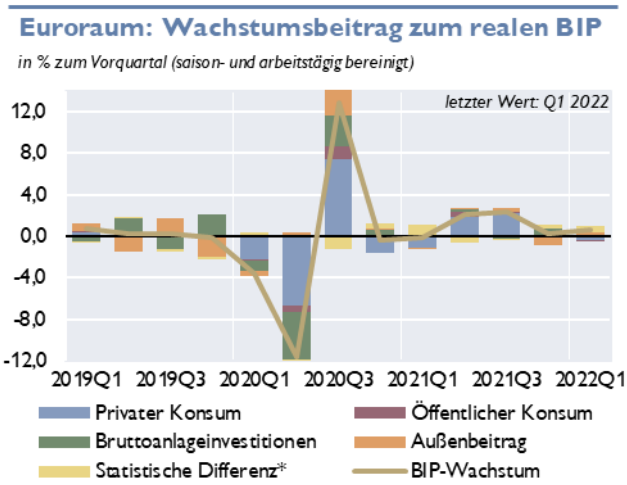


Quelle: ONS, Macrobond.

Euroraum[3]

BIP-Wachstumsprojektionen nach unten korrigiert

Das Wachstum des realen BIP stieg im Euroraum im ersten Quartal 2022 auf 0,6%, nach dem es im Vorquartal 0,2% (jeweils im Quartalsabstand) erreicht hatte. Dieser Anstieg – trotz steigender Inflation, Lieferkettenproblemen und Unsicherheit infolge des Ukrainekrieges – sollte allerdings nicht überbewertet werden, da die Aktivitäten multinationaler Unternehmen mit Sitz in Irland zu hoher Volatilität der BIP-Entwicklung führten. Aufgrund der Eindämmungsmaßnahmen gegen COVID-19 und der Auswirkung der Inflationsentwicklung auf die real verfügbaren Einkommen ging der private Konsum im ersten Quartal weiter zurück. Hingegen sollten sich die Öffnung der von der Pandemie am stärksten betroffenen Branchen, die gute Arbeitsmarktlage und die während der Pandemie aufgebauten Puffer an Ersparnissen mittelfristig positiv auf den privaten Konsum auswirken. Positive Wachstumsbeiträge lieferten der Außenhandel und die Bruttoanlageinvestitionen.



Quelle: Eurostat. * Lagerveränderungen, Nettozugang an Wertsachen, Statistische Differenz.

In der Juni-Prognose des Eurosystems wird für den Euroraum für 2022 ein reales BIP-Wachstum von 2,8% und für 2023 und 2024 jeweils von 2,1% erwartet. Die Juni-Prognose der OECD geht von einem starken Anstieg der Ölpreise 2023 aus und erwartet daher für den Euroraum ein etwas schwächeres Wachstum von 2,6% für 2022 und 1,6% für 2023.

Die Prognosen des Eurosystems beruhen auf den Annahmen, dass die intensiven Kampfhandlungen im Ukrainekrieg bis Ende 2022 zu Ende gehen, die Sanktionen gegen Russland bis 2024 beibehalten werden und es zu keinem vollständigen Ausfall der Energielieferungen aus Russland kommen wird. In einem Abwärtsszenario mit einem längeren Andauern der Kampfhandlungen im Ukrainekrieg, zunehmenden geopolitischen Spannungen, weiteren Sanktionspaketen und einem Ausbleiben russischer Energielieferungen wird vom Eurosystem für 2022 ein BIP-Wachstum von lediglich 1,3%, für 2023 ein Rückgang der Wirtschaftsleistung um 1,7% und für 2024 ein BIP-Wachstum von 3,0% berechnet.

Energie- und Lebensmittelpreise treiben Inflationsrate auf 8,1% im Mai

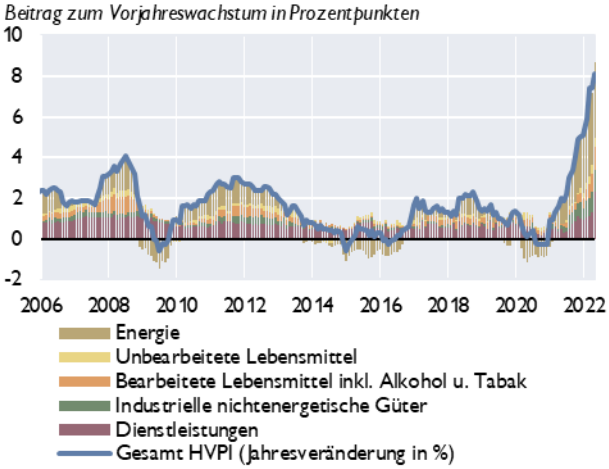
Die jährliche HVPI-Inflationsrate des Euroraums kletterte im Mai auf 8,1%. Der Anstieg ist vor allem auf die Energiepreise, die um 39,2% über dem Vorjahresniveau lagen, und die Lebensmittelpreise, die um 7,5% höher lagen, zurückzuführen. Preiserhöhungen werden aber – unter anderem aufgrund von Lieferengpässen und der Erholung der Binnennachfrage – mittlerweile bei zahlreichen Waren und Dienstleistungen beobachtet.

[3] Autor: Christian Beer (Referat Konjunktur)

Die Juni-Prognose des Eurosystems erwartet für 2022 eine Jahresinflationsrate von 6,8%, für 2023 von 3,5% und für 2024 von 2,1%. Der prognostizierte Rückgang der Inflation in den Jahren 2023 und 2024 geht hauptsächlich auf die Erwartung einer Moderation bei den Energie- und Lebensmittelpreisen zurück. Hinsichtlich der Kerninflation (ohne Energie und Lebensmittel) wird für 2022 eine Rate von 3,3%, für 2023 2,8% und für 2024 2,3% prognostiziert. Die OECD-Prognose vom Juni 2022 erwartet für den Euroraum für 2022 eine HVPI-Inflationsrate von 7,0% und für 2023 von 4,6%.

Die HVPI-Inflationsrate und ihre Komponenten

Beitrag zum Vorjahreswachstum in Prozentpunkten



Quelle: Eurostat.

Die Risiken der Inflationsprognosen sind überwiegend nach oben gerichtet (Energie und Nahrungsmittelpreise, Anstieg der Inflationserwartungen, unerwartet starke Lohnzuwächse). Das Eintreten des oben beschriebenen Abwärtsszenarios in Bezug auf den Ukrainekrieg würde für 2022 eine HVPI-Inflationsrate von 8,0%, für 2023 von 6,4% und für 2024 von 1,9% bedeuten.

In seiner Sitzung im Juni 2022 beließ der EZB-Rat die Leitzinsen zwar unverändert, er beabsichtigt aber die Leitzinsen im Juli um 25 Basispunkte zu erhöhen und geht davon aus, dass die Leitzinsen im September und auch in weiterer Folge in Abhängigkeit von den dann jeweils aktuellen Inflationsaussichten erneut erhöht werden. Es wurde weiters beschlossen, die Nettoankäufe von Vermögenswerten im Rahmen des *Asset Purchase Programme* mit 1. Juli einzustellen; die Tilgungsbeträge werden aber weiterhin wieder angelegt. Ebenso werden die Tilgungsbeträge aus dem Pandemie-Notfallankaufprogramm (*Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP*) bis zumindest Ende 2024 bei Fälligkeit wieder angelegt. Der EZB-Rat erklärte, dass er bereit ist, alle seine Instrumente anzupassen, um sicherzustellen, dass sich die Inflation mittelfristig bei seinem Zielwert von 2 % stabilisiert.